

**Die „Vierte Welle“: Ursachen und Chancen des Arabischen Frühlings
Berlin Brandenburgische Akademie, Leibniztag, Berlin , 18. Juni 2011
Von Josef Joffe**

In dieser gelehrten Versammlung muss ein Journalist sich wenigstens einen Hauch von Gelehrtheit zulegen. Deshalb: Was hat der große Gottfried Wilhelm Leibniz mit unserem großen Thema zu tun – mit dem Arabischen Frühling, also der demokratischen Revolte zwischen Maghreb und Maschrek? Wir kennen Leibniz als einen der größten Philosophen und Mathematiker der Moderne, der sogar eine Art Computer erfunden hat. Mit politischer Philosophie verbinden wir seinen Namen nicht, und doch hat er auch über die Demokratie nachgedacht, wie er in diesem Brief an den jungen Philipp Boineburg zeigt:

Darin räsontiert er über die Macht des Souveräns und den Gehorsam, den seine Untertanen ihm schulden. Einerseits schreibt er, sollten „Fürsten davon überzeugt sein, dass ihr Volk ein Widerstandsrecht besitze“. Andererseits möge das Volk gehorchen. Und warum? Weil das „Übel der Revolution nicht vergleichbar ist mit den Übeln, die die Revolution zeugt.“ Dennoch wisse er sehr wohl, dass „ein Fürst in seiner Maßlosigkeit das Wohl des Staates so weit gefährden kann, dass die Gehorsamspflicht nicht mehr gilt.“ Und wieder das Aber: Das „geschieht sehr selten, und der Theologe, der unter diesem Vorwand Gewalt gutheißt, sollte sich vor Maßlosigkeit hüten.“ Denn: „Der Exzess ist unendlich gefährlicher als der Mangel.“ Heute würden wir sagen: Zuviel ist schlimmer als zu wenig.

Leibniz, der übrigens auch als Erfinder der Europäischen Union gelten darf, sah hier also die Übel voraus, die das Zeitalter der Revolutionen ab 1789 bereithalten sollte. Denken wir an Robespierre, Lenin und Mao: Sie revoltierten im Namen der Freiheit und haben Schreckensherrschaften etabliert, von denen Kaiser und Könige nicht einmal zu träumen wagten. In diese Reihe gehört auch Hitler mit seiner „Braunen Revolution“, wie sie der amerikanische Historiker David Schoenbaum nennt. Die Verheißung wurde stets zur Verdammnis.

Gleiches, wiewohl in den Dimensionen nicht vergleichbar, darf man auch den arabischen Revolutionen – oder genauer: Staatsstreichen – nach dem Zweiten Weltkrieg zuschreiben. Dem Joch der Könige und Kolonialherren folgte das noch schwerere, das die jungen Obristen den Völkern in Ägypten, Syrien, Irak, Algerien ihren Völkern auferlegten. Im Gedächtnis bleiben Diktatoren wie Nasser und Assad oder Saddam Hussein. Oder ein endloser Bürgerkrieg wie in Algerien. Oder der Gottesstaat Irans, der das Schah-Regime ersetzte.

Richtig demokratische Revolutionen, also solche, die nicht die Freiheit zerstört haben, die sie versprochen, sind selten. Die beste war die amerikanische, aber das war in Wahrheit keine Revolution, die das Nirvana auf Erden verhieß, sondern der Aufstand einer bereits demokratischen Gesellschaft gegen einen tyrannischen König. Mit zu den glücklichen Fällen dürfen wir Spanien und Portugal zählen, dazu die osteuropäischen Länder nach dem Mauerfall. Je weiter nach Osten wir gehen, desto prekärer ist der Zustand der Freiheit: von Russland bis zu den asiatischen Nachfolgerepubliken.

Nun zur großen, ja historischen Überraschung des Arabischen Frühling, der im Winter 2009 begann und sich von Tunis nach Kairo, von Jemen nach Bahrain, von Syrien nach vielleicht schon Jordanien ausbreitete. Das war nicht vorgesehen. Die Welt hatte es sich angewöhnt, diese Region als Parallel-Universum zu betrachten, und zwar als eingefrorenes, wo die Verhältnisse sich nie ändern würden.

Das war keineswegs unrealistisch. Jenseits dieses Parallel-Universum war die Demokratie seit den Siebzigern überall auf dem Vormarsch. Der Faschismus fiel in

Iberien. Die Autoritären verschwanden in Taiwan und Südkorea. Brasilien und Chile demokratisierten sich, dito Indonesien, Malaysia und Thailand. Dann, nach dem Mauerfall, die breite Niederlage des Kommunismus in Osteuropa.

Aber Maghreb und Maschrek blieben eingesperrt hinter ihrer eigenen Berliner Mauer. Monarchen, Scheichs und Militärs herrschten weiter, manche Regime etablierten gar „dynastische Diktaturen“. Assad junior ersetzte Assad senior, und in Ägypten bereitete Mubarak seinen Sohn Gamal auf die Nachfolge vor. In Algerien hat ein blutiger Bürgerkrieg das Leben von Hunderttausenden gefordert. Saddams Schrecken Herrschaft überlebte sogar die erste amerikanische Invasion. Ohne die amerikanische Intervention wären die Taliban wohl heute noch an der Macht.

Die „Arabische Mauer“ blieb zu, auch im ökonomischen Sinne. Fazit: Es würde sich nichts ändern. Aber wir lagen falsch. Die Arabische Mauer fiel – angefangen mit Tunesien.

Dies als Einleitung. Der Rest kommt in drei Abteilungen. In der ersten möchte ich erklären, warum es passiert ist. Für Journalisten und Sozialwissenschaftler ist es immer einfacher, die Vergangenheit als die Zukunft zu deuten; „retrodiction is easier than prediction“, heißt es auf Englisch. In der zweiten Abteilung werde ich trotzdem einen Blick in die Zukunft werfen, um zu fragen, ob aus dem Arabischen Frühling ein Sommer oder einer Winter wird. Und in der dritten: Was kann der Westen tun?

I.

Aber erst zum Warum? Dazu habe ich meinen Lehrer in Harvard, Samuel Huntington konsultiert – den größten Politologen seiner Generation. Aber nicht Huntington des *Clash of Civilizations*, das ihn weltberühmt und reich gemacht hat. Sondern den Autor des Buches, *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*.

Dieses Buch analysiert die sozioökonomischen Bedingungen erfolgreicher Demokratisierung am Beispiel der Dritten Welle der Demokratisierung, der von 1974 bis 1989. Es enthält eine wunderbare Anekdote über das Beispiel Spanien. „In den Sechzigern sagte Francos Planungsminister voraus, Spanien werde demokratisch sein, wenn seine Pro-Kopf-Einkommen 2000 Dollar erreicht.“ Lakonisch fügt Huntington hinzu: „Und so war es.“

Ergo ist Wirtschaftsentwicklung eine Schlüssel-Variabel. Oder so: Steigender Wohlstand ist gleich fallende Tyrannen. Wie hoch musste das Pro-Kopf-Einkommen während der „Dritten Welle“ sein? Zwischen 1000 und 3000 Dollar postuliert Huntington. Und so war es. Von den Nicht-Demokratien, die in den Siebzigern und Achtzigern in diese Einkommensregion vorstießen, haben drei Viertel ihre Autoritären abschütteln können.

Funktioniert das auch heute? Tunesien, wo der Arabische Frühling zuerst ausbrach, liefert einen perfekten Beweis für die Theorie. Als die Revolte ausbrach, betrug das Einkommen gemessen in 1975 Dollar (Kaufkraftparität) – wie in Spanien, als 1975 das Franco-Regime wegbrach.

Warum ist dann Saudi-Arabien nicht schon längst eine Demokratie. Weil es mit seinen 24 000 Dollar zu reich ist. Wieso das? Weil die Monarchie genug Geld hat, um das Volk zu bestechen und so ruhig zu halten. Erinnern wir uns an den Schlachtruf der Amerikanischen Revolution: „No taxation without representation“. Nur: In den Öl- und Gas-Ländern gibt es keine Steuern, der Staat alimentiert sich und das Volk aus den märchenhaften Gewinnen. Ergo darf man den Slogan in Saudi-Arabien umdrehen: „No representation without taxation.“; wo es keine Steuern gibt, fehlt auch der demokratische Druck von unten.

Die Ölstaaten sind also die Ausnahme zu Huntingtons Gesetz. So lange die Potentaten einen erklecklichen Teil der Gewinne nach unten durchreichen, hält sich der Druck in Grenzen. Libyen, obwohl auch ein Öl-Land, ist nicht reich genug; das Pro-Kopf-Einkommen (PPP) liegt bei \$ 14 000, was etwa die Hälfte des saudischen ist.

Aber Geld ist nicht alles. Betrachten wir also die anderen Voraussetzungen. Neben dem Prokopfeinkommen spielen drei weitere eine Schlüsselrolle im Drama der Demokratie, oder genauer: beim Aufstieg der Mittelschicht, die in diesem Drama überall eine Schlüsselrolle spielt. Das sind Bildung, Urbanisierung und Globalisierung..

Auch auf dieser Skala ist Tunesien die Nr. 1. Es hat:

- das höchste Prokopf-Einkommen
- den höchsten Urbanisierungsgrad
- die zweithöchste Alphabetisierung, 74 Prozent; nur Syrien übertrifft die mit 80 Prozent
- die höchsten Bildungsausgaben als Anteil am BIP
- den höchsten Globalisierungsgrad, gemessen an der Exportquote, nämlich fast 40 Prozent, die sogar die europäische übertrifft.

Ägypten, das zweite Frühlingsland, in dieser Liga die Nr. 2 ist, jedenfalls gemessen an Einkommen und Bildung.

Demnach ist es kein Zufall, dass Tunesien und Ägypten die Avantgarde sind. Warum dann die Revolte in Syrien? Das Einkommen sticht nicht hervor, aber das Land hat die höchste Alphabetisierungsrate der arabischen Welt. Allerdings auch eine geringe Globalisierungs- und keine überragende Urbanisierungsquote. Hier lässt das Modell keine guten Voraussagen zu – es kann so oder so kommen.

II.

Deshalb jetzt zur Zukunft des Arabischen Frühlings: Hier wollen wir nicht den Unterbau, sondern den Überbau ins Visier nehmen, vorweg den politischen und drei Faktoren hervorheben, die aus einer Revolution eine Demokratie machen können. Denn zwischen Revolution und Demokratie herrscht eine strenge Trennung wie die traurige europäische Revolutionsgeschichte seit Robespierre zeigt. Ähnliches lässt auch der Arabische Frühling befürchten.

Die erste politische Bedingung ist eine Autoritätsfigur, die den demokratischen Wandel verkörpert. Ein Blick zurück auf Spanien. Dieses Land hatte nicht nur das richtige Einkommen, sondern auch viel Glück. Der Diktator Franco starb im Bett, und in das Vakuum rückte ein Mann, König Juan Carlos, der a) die ganze Nation vertrat und b) seine ganze Autorität in die demokratische Waagschale warf.

Eine solche Figur fehlt überall im Arabischen Frühling – von Tripolis bis Manamaa. Zitieren wir einen Führer der Demokratischen Front in Ägypten (Osama al-Gazali Harb): “Das Hauptproblem der ägyptischen Revolution ist, dass sie keine Führung hat.“ Daraus darf man folgern: Solange sie eine solche Autorität nicht hervorbringt, bleibt die Revolution im Risiko.

Die zweite, wahrscheinlich wichtigste politische Bedingung ist Gewaltlosigkeit. Die Revolutionen in Ägypten und Tunesien waren friedlich, genauso wie die „Samtenen Revolutionen“ in Osteuropa. Also würde ich diesen beiden Ländern eine gute Chance einräumen. Aber ich bin nicht so optimistisch bei Libyen, Yemen und Syrien. Dort floss Blut ab der ersten Stunde.

Was passiert denn in einer gewaltsamen Revolution? Brutalität und Blutrunst treffen auf Brutalität und Blutrunst. Die Revolution wird zum Binnenkrieg. Entweder gewinnt das Regime. Oder die Rebellen obsiegen. Doch diese werden wohl nicht die Kerenskys sein oder die freundlichen jungen Mittelschichtler vom

Tachrir-Platz. Wer sich im Krieg durchsetzt, wird gnadenlos, grausam und machthungrig sein – wie die Jakobiner in Frankreich, die Bolschewiken in Russland, die Faschisten in Spanien, die Nazis in Deutschland, die Chomeinisten in Iran.

Wer die Macht (und die Gewehre) hat, wird sie so schnell nicht wieder abgeben. Das ist die Tragödie so vieler Revolutionen in der Vergangenheit. Wer wetten will, sollte lieber sein Geld auf Tunesien und Ägypten setzen als auch Libyen, Syrien und Jemen. Gewalt gebiert Gewalt, und die verfliegt hinterher nicht – ganz gleich, wer gewinnt.

Die dritte politische Bedingung wurzelt in Gesellschaft und Nation.

Auch hier fallen Tunesien und Ägypten aus dem Rahmen. Die Schlüsselbegriffe sind „Homogenität“ oder „Gleichartigkeit“. Das heißt: nicht zu viele innere Konflikte zwischen Ethnien, Sekten und Stämmen, dafür umso „Nationalbewusstsein“, als ein Wir-Gefühl, dass andere Identitäten überwölbt. Ägypten ist der älteste Nationalstaat der Welt, also eine historische Gemeinschaft. Tunesien hat relativ wenige ethnische, religiöse oder Stammeskonflikte. Ähnliches gilt für Marokko.

Der Rest sind sozusagen historische Zufälle, mit Grenzen, die von den Kolonialmächten gezogen worden sind. Hinter diesen Grenzen herrscht wenig Gemeinsamkeit und umso mehr Konflikt. Syrien ist ein buntes Völkergemisch wo eine kleine Alawiten-Minderheit den Rest kujoniert. Gleiches gilt für die dünne Sunni-Schicht, die über die Schia-Mehrheit herrscht. Libyen ist in Wahrheit zwei Staaten: die Ost-Stämme der Cyrenaika und die West-Stämme von „Tripolitanien“. In Jordanien herrschen Beduinen über die Masse der Palästinenser. Im Irak wurde der Bürgerkrieg zwischen der alten Sunna-Herrschaft und der Schia-Mehrheit durch die amerikanische Armee erstickt; nach deren Abzug beginnt ein neues Spiel. Der Jemen ist ein klassischer Stammeskonflikt.

Diese Staaten ähneln Jugoslawien. Es sind Kunststaaten voller verfeindeter Völker und Religionen, die von Tyrannen zusammengehalten wurden oder noch werden. Diese Despoten haben sich auf Stämme oder Sekten gestützt, wie Gaddafi auf die West-Stämme in Libyen oder Saddam Hussein auf seinen Tikriti-Clan oder Assad auf die winzige Alawiten-Minderheit. In solchen Unterdrückungssystem ist das Hauptproblem nicht „Demokratie ja oder nein“, sondern: Wer gewinnt, wer kriegt die Beute – Kontrolle über Staat, Armee und Wirtschaft. Oder anders ausgedrückt: Das Problem ist nicht nur das Regime, das um sein Überleben kämpft, sondern die Gesellschaft, die diese Regime gezeugt hat. Der Tyrannensturz beendet nicht die Binnenkonflikte.

Folglich: Hinter der Revolution lauert der Bürgerkrieg, so, wie er sich am deutlichsten in Libyen und im Jemen zeigt, wie er im Irak noch von der US-Armee verhindert wird, wie er in Algerien im vorigen Jahrzehnt getobt hat, wie er sich in Syrien und Jordanien noch zeigen könnte. In dieser Welt, wo die Gewalt entscheidet, ist es überhaupt nicht ausgemacht, dass die Gewinner die Verlierer in eine Art westliche Demokratie einladen, wo die Macht geteilt, die Wirtschaft privatisiert und das Wahlverdikt respektiert wird. Wahrscheinlicher ist: One man, one vote, one time – wie in Gaza, wo die siegreiche Hamas die Fatah erst dezimiert und dann hat.

In solchen Systemen heißt es: Herrschen oder sterben. Und nicht Pluralismus, friedlicher Machtwechsel, Leben und leben lassen.

Lassen Sie mich rekapitulieren.

Erstens: Eine erfolgreiche demokratische Revolution erfordert ein Bündel von sozio-ökonomischen Bedingungen, wie Einkommen, Bildung, Urbanisierung, Globalisierung – kurzum, den Boden, auf dem die Mittelschicht wächst.

Zweitens: drei politische Voraussetzungen:

- A. Einen Führer, der die Demokratie verkörpert und die Autorität besitzt, das Volks davon zu überzeugen
- B. Eine Revolution, die gewaltlos bleibt.
- C. Ein Staat, der wenigstens halbwegs homogen ist. Das heißt: eine Bevölkerung die sich als Nation versteht, oder als große Familie, wo der nationale Gedanke sub-nationale Loyalitäten überwölbt. Eine große Familie kann Big Daddy – Mubarak zum Beispiel – vertreiben, ohne in den Bürgerkrieg zu verfallen.

Schaltet man all diese Hürden hintereinander, wer bleibt dann übrig und schafft den Sprung in die Demokratie? Ägypten und Tunesien - vielleicht. Vielleicht Marokko. Bei Jordanien, wo die Unruhen schon wabern, bin ich mir nicht so sicher, obwohl es von einer aufgeklärten Monarchie regiert wird. Erinnern wir uns, an den „Schwarzen September“ 1970. Laut PLO-Angaben habe König Hussein 10 000 oder gar 25 000 Palästinenser umbringen lassen; in elf Jahren Intifada haben die Israelis 3500 getötet.

III.

Im dritten und letzten Teil will ich die Frage aufgreifen, was denn der Westen tun sollte.

Der Westen hat jahrzehntlang an die Unreformierbarkeit der arabischen Welt geglaubt. Dann, im Gefolge des Berliner Mauerfalls hieß es: Die „Arabische Mauer“ wird stehen bleiben. Und deshalb hat der Westen nolens oder volens auf die Despoten gesetzt, jedenfalls auf jene, die sich pro-westlich gaben.

Vielleicht hat der Westen in Libyen so heftig reagiert, um seine Schuldgefühle abzuschütteln. Hinzu kam, dass die gewaltsame Intervention zugunsten der Rebellen einfach, schnell und billig ablaufen würde – anders als jetzt in Syrien, wo der Westen sich hütet, militärisch einzugreifen.

Das Flugverbot war in der Tat einfach. Aber die Rebellen setzten sich nicht durch. Dann haben wir Panzer und Regierungsgebäude bombardiert. Aber die Rebellen siegen noch immer nicht. Und inzwischen geht der Nato die Munition aus, will das US-Repräsentantenhaus die Mittel verweigern. Das hatten wir uns nicht so genau überlegt, als die Jets abhoben.

Wer schon mal von Ihnen in Glas- und Andenkenläden in Amerika gestöbert hat, wird sich an die kleinen Schilder erinnern, die verkünden: If you break it, you own it. Wer's kaputt macht, dem gehört es – der muss es bezahlen.

Jetzt gehört uns Libyen. Wenn wir den Rebellen zum Sieg verhelfen, werden wir die Verlierer, die West-Stämme und Gaddafi-Anhänger beschützen müssen. Allgemeiner: Die „responsibility to protect“ – die Schutzverantwortung – gilt für beiden Seiten. Sie schließt ein, die Ordnung wieder her zu stellen und sie zu bewahren. Wie einfach, schnell und billig wäre diese Aufgabe? Betrachten wir den Irak, Afghanistan, selbst das frühere Jugoslawien, wo 12 Jahre nach dem Bombenkrieg noch immer Schutztruppen stehen Wann die wieder nach Hause gehen, steht in den Sternen.

Die Lehre ist: Hör auf dein Hirn und erst dann auf dein Herz. Glaube nicht, dass ein Bombenkrieg Demokratie und Frieden bringt – nicht in Ländern, wo die Treue nicht dem Staat, sondern den verfeindeten Ethnien, Sekten und Stämmen gilt.

Allgemeiner: Denken wir daran, wie zerbrechlich die Demokratie ist. Denken wir daran, wie viele Jahrhunderte es gedauert hat, bevor der Westen Gewaltherrschaft und Religionskrieg überwunden hat. Denken wir daran, welche

Voraussetzungen der Demokratie noch fehlen. Bomben schaffen keine unabhängige Gerichtsbarkeit, keine Checks-and-Balances, auch keine funktionierende Wirtschaft. Demokratie ist kein Exportgut, es sei denn in Deutschland und Japan, die erst total besiegt und Jahrzehnte lang besetzt werden mussten.

Nun werden Sie zu Recht fragen: Kann denn der Westen gar nichts tun?

Doch, aber mit mehr Bescheidenheit und Realismus – und vor allem, **bevor** die Gewalt ausbricht.

Regel 1: Lasst die Tyrannen nicht in Ruhe – jetzt erst recht nicht, wo wie so gute Argumente haben. Wir können sie jetzt fragen: Wollt ihr wie Mubarak und Ben-Ali enden? Oder wollt ihr bis zum letzten eurer Bürger wie in Libyen kämpfen, um eure Macht zu bewahren?

Regel 2: Wer das Bombardement vermeiden will, sollte frühzeitig helfen. Wie in Spanien, Portugal und Osteuropa. Bringen wir unsere Expertise ein – wie man Institutionen und Verfassungen etabliert, wie man Parteien und Justiz aufbaut. Das ist unumgänglich, weil es keine Demokratie gibt ohne die entsprechenden Institutionen, die Macht und Willkür einhegen.

Regel 3: Vor allem müssen wir den demokratischen Kräften zeigen, dass sie nicht allein sind. Unterstützen wir sie, verbünden wir uns mit ihnen. Derweil sagen wir den Despoten: Wir müssen zwar mit euch Geschäfte tätigen, aber unsere Werte und Interessen gehören dem Volk. Denn es ist in unserem besten Interesse, dass die Demokratie auf friedlichem Weg kommt. Es ist nicht in unserem Interesse, dass sie erstickt wird oder wir unsere Bomber losschicken müssen.

Regel 4: Schließlich wollen wir den Autokraten sagen: Ihr steht auf der falschen Seite der Geschichte. Die Macht des Volkes kann zwar abgewehrt werden, aber nicht auf ewig. Nicht in einer Welt, wo Bilder und Nachrichten in Echtzeit um den Globus laufen, in der ihr die Kommunikation nicht mehr monopolisieren könntet. Schaut euch die Armut und Rückständigkeit an, die euch die Arabische Mauer gebracht hat. Ihr könntet euch nicht ewig von der Welt abschotten. Wenn ihr gegen den Rest konkurrieren wollt, müsst ihr eure Völker ausbilden, den Frauen und Minderheiten ihre Rechte und allen anderen die politische und wirtschaftliche Freiheit geben. Wenn ihr es aber nicht tut, werdet ihr wie Mubarak und Ben-Ali enden – im Gefängnis oder im saudischen Exil, aber ohne eure Milliarden. Oder tot, wie es Gaddafi noch ergehen könnte.

Ich komme zum Schluss. Wir wissen nicht, ob auf den Arabischen Frühling der Sommer oder der Winter folgt. Wir wissen nur, dass die Arabische Mauer durchbrochen worden ist, was vor einem Jahr noch unmöglich erschien. Wir wissen, dass die Revolution in Iran sich nicht auslöschen lässt. Wir wissen, dass die Geschichte – wiewohl mit vielen mörderischen Rückschlägen – hartnäckig in Richtung Freiheit verläuft. Wir wissen, dass Huntingtons „Dritte Welle“, die in den Siebzigern in Spanien und Portugal ihren Anfang nahm, nunmehr von der Vierten Welle, der arabischen, gefolgt wird.

Wann oder ob sie triumphiert, können wir noch nicht bestimmen. Aber inzwischen haben wir reichlich Anschauungsmaterial, um dem großen Leibniz Recht zu geben. Irgendwann kommt der Punkt, wo „ein Fürst in seiner Maßlosigkeit das Wohl des Staates so weit gefährden kann, dass die Gehorsamspflicht des Volkes nicht mehr gilt.“ Übersetzen wir ihn ins Arabische verschicken ihn an „To Who mit May Concern“ zwischen Rabat und Riad. Und auf Farsi nach Teheran.